



Niederschrift 29. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 14.09.2011
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Herr Peter Kaminski	DIE LINKE	
Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Horst Heinzel	CDU	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	Vertretung für: Herrn Becker, Stefan

sachkundige Einwohner

Herr Robert Wolff	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Ingo Korne	DIE LINKE
Frau Hannelore Mehls	Behindertenbeirat
Herr Werner Pahnhenrich	CDU/ANW
Herr Konstantin Pötschke	SPD
Herr Uwe Stab	SPD
Herr Günther Waschkuhn	DIE LINKE

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner Bürgermeister,
Beigeordneter

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Martin Kühn	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Stefan Becker	FDP	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Marcel Rosteck	FDP	entschuldigt
Herr Dr. Reinhard Stark	Seniorenbeirat	entschuldigt

Schriftführer/in:

Herr Jeske, Mathias

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.08.2011 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
- 4 Erste Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 11/SVV/0678
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Haushaltskonsolidierung fortsetzen
Vorlage: 10/SVV/0982
Fraktion FDP
 - 5.2 Sommerangebot der Stadt Potsdam für kinderreiche Familien zur Nutzung der
Strandbäder "Stadtbad Park Babelsberg" und "Waldbad Templin"
Vorlage: 11/SVV/0389
Fraktion DIE LINKE
 - 5.3 Koordinierungsstelle für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen
Vorlage: 11/SVV/0404
Fraktion SPD, Stadtverordneter Heuer
 - 5.4 Haushalt für Bürger transparenter gestalten
Vorlage: 11/SVV/0433
Fraktion FDP

- 5.5 Sitzungskalender 2012
Vorlage: 11/SVV/0571
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
- 5.6 Sicherung des Mädchenintegrationsprojektes "Mädchenzukunft"
Vorlage: 11/SVV/0576
Fraktion Die Andere, JHA (ff) mit Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- 5.7 Neufassung der bestehenden Entgeltordnung für die Volkshochschule "Albert Einstein"
Vorlage: 11/SVV/0590
Der Oberbürgermeister, Öffentliche Weiterbildung
- 5.8 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0598
Der Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 5.9 Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita- Jahr 2011/2012
Vorlage: 11/SVV/0607
Der Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 5.10 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)
Vorlage: 11/SVV/0642
Der Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.08.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Dr. Wegewitz stellt die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung fest.

Zu Beginn der Sitzung sind 5 Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Dr. Wegewitz fragt nach Einwänden gegen den öffentlichen Teil der

Niederschrift vom 17.08.2011 sowie nach Einwänden gegen den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift, da kein nicht öffentlicher Sitzungsteil in der heutigen Sitzung vorgesehen ist.

Da keine Einwände bestehen, stellt er diese zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mit 3 JA-Stimmen und 2 Stimmenthaltung bestätigt.

Herr Dr. Wegewitz erläutert zum Tagesordnungspunkt 3 und 4, dass diese Tagesordnungspunkte den gleichen Diskussionsinhalt besitzen und möchte diese zusammen behandeln unter dem Tagesordnungspunkt 4.

Da keine Einwände zu der o. g. Änderung besteht, stellt Herr Dr. Wegewitz die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die geänderte Tagesordnung wird mit 5 JA-Stimmen und einer 1 Nein-Stimme bestätigt.

zu 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Informationen erfolgen unter dem Tagesordnungspunkt 4.

zu 4 Erste Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2011

Vorlage: 11/SVV/0678

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner bringt die Nachtragssatzung zum Haushalt 2011 der Landeshauptstadt Potsdam ein und erläutert die einzelnen Maßnahmen.

Herr Kaminski fragt zur Seite 3 Absatz 2 der Erläuterungen zum Nachtrag 2011, wie eingehende Kaufangebote zum Ankauf „Uferweg Groß Glienicke“ gesichert werden, da das Budget um 1,4 Mio € gekürzt wurde und er fragt nach zur Verfügung stehenden Mitteln, wenn es um die Enteignungen geht.

Herr Exner erklärt, dass hier finanzielle Mittel von Projekten gekürzt wurden, welche nach jetzigem Sachstand in diesem Jahr nicht mehr in vollem Umfang realisiert werden, diese Mittel aber in 2012 wieder zur Verfügung stehen. Da auch in den Konflikten um den Uferweg keine absehbaren Käufe in 2011 absehbar sind, besteht hier auch keine Gefahr bezüglich des gekürzten Budgets.

Herr Heinze fragt nach der Kürzung der Ansätze für die Reiherbergstraße, wie es um die Fördermittel und dem Mittelfluss steht und wann man damit rechnen könne.

Herr Exner erläutert auch hierzu, dass die planerischen Voraussetzungen erst in 2012 gegeben sind und auch hier kein Verzicht stattfindet, sondern die Ansätze in der Investitionsplanung von 2011 nach 2012 verschoben

werden.

Frau Knoblich fragt zur Anlage 2 nach den Erläuterungen zum Punkt Mehrbedarf der Transparenzkommission bzw. den Honoraren.

Auch fragt Frau Knoblich nach der Fraktionsfinanzierung, inwieweit diese rückwirkend gilt.

Herr Dr. Wegewitz verweist auf den Beschluss zur Transparenzkommission, welchem die Stadtverordneten zugestimmt haben und das es Mitglieder gibt, welche auf Honorarbasis an der Kommission teilnehmen und dass zudem auch Reisekosten erstattet werden.

Herr Exner betont hier, dass die Kommission 14-tägig tagt und dass die volle Inanspruchnahme der Kosten noch nicht zu 100 % eingeschätzt werden kann.

Zur Fraktionsfinanzierung erläutert Herr Exner, dass mit Wirksamwerden des Urteils des Verfassungsgerichts zur Fraktionsstärke die finanziellen Mittel rückwirkend gewährt werden.

Herr Schultheiß fragt nach dem Ursprung der Nachtragssatzung, ob man den Mehraufwand der L 40 nicht schon vorher wusste bzw. einschätzen konnte.

Herr Exner beantwortet das mit einem „Jain“, da es hier verschiedene offene Fragen zu klären gab, wie zum Beispiel die Frage nach dem Baulastträger und der Zuständigkeit oder auch zur Fördermittelquote, aber auch zur Weiterführung des Hauptstadtvertrages.

Frau Müller fragt nach den Einsparungen im Büro der Stadtverordneten.

Frau Zakrzewski gibt zur Kenntnis, dass es sich hier um allgemeine Geschäftsausgaben handelt.

Herr Wolff fragt, ob sich das nicht als regelmäßige Deckungsquelle einrichten ließe.

Herr Exner verweist hier auf die Haushaltsplanung und das solche Punkte hier schon geprüft werden.

Herr Waschkuhn fragt warum Reisekosten und Honorare (der Transparenzkommission) in einem Konto geplant wurden, da dies sonst immer getrennte Konten wären.

Zudem fragt er, warum man bspw. wie auf Seite 3 Zeile 11 nicht benötigte Mittel erst nach einer *intensiven* Prüfung festgestellt hat und ob man das bei einer „normalen“ Prüfung nicht feststellen könne.

Herr Exner erläutert, dass interne Reisekosten in einem separaten Konto geplant werden, hier aber die externen Reisekosten der Kommissionsmitglieder gemeint sind und zu den Honorarkosten gehören.

Herr Dr. Wegewitz gibt Auskunft darüber, dass einige wenige Mitglieder teilweise per Flugreisen zu den Tagungen der Kommission kommen.

Herr Exner erklärt, dass sich bei einer *intensiven* Prüfung um eine Prüfung „wie jede andere“ handele und die Einsparung auf Grund neuer

Erkenntnisse des vorangegangenen Jahres ergaben, welche zur Planungen noch nicht vorlagen.

Frau Knoblich fragt nach genauen Positionen zu den einzelnen Posten, da bei der Planung wesentlich kleinere Posten, wie zum Beispiel das Projekt „Zimticken“ keine Deckungsquelle fanden, hier aber kurzerhand größere Summen eingespart werden konnten.

Herr Schultheiß fragt zudem, ob man die Kosten der Transparenzkommission nicht auf die Stadtwerke abschieben könne, da diese ja Auslöser dieser Kommission waren.

Herr Exner betont die genaue und sorgfältige Planung des Haushaltes und dass die Einsparungen auf Grund neuer Erkenntnisse zustande gekommen sind und dass solche Posten wie die Kosten der Transparenzkommission auf Grund von Plausibilitätsprüfungen so genau wie möglich ermittelt wurden, wie hier von Herrn Erdmann.

Herr Stab fragt ab wann die Nachtragssatzung gilt.

Herr Exner erläutert den Ablauf. Die Nachtragssatzung wird nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung zum Innenministerium versandt, welches ca. 4-6 Wochen zur Prüfung benötigt. Danach wird die Nachtragssatzung veröffentlicht und tritt somit in Kraft, was ca. Ende November 2011 sein wird.

Frau Müller warnt vor der Frage nach Dauerdeckungsquellen, da diese dieses Jahr eventuell möglich sind, aber im nächsten wieder gebraucht werden und man hier von den Erkenntnissen des vorangegangenen Jahres profitiert.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Herr Dr. Wegewitz die Nachtragssatzung zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erste Nachtragssatzung der Landeshauptstadt Potsdam mit Nachtragshaushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 5.1 Haushaltskonsolidierung fortsetzen
Vorlage: 10/SVV/0982
Fraktion FDP**

Herr Schultheiß bringt als Vertretung für die Fraktion FDP die Vorlage ein.

Herr Dr. Wegewitz meint, dass der Antrag negativ wirke, da die Landeshauptstadt Potsdam ständig bestrebt sei, dieses Ziel zu verfolgen und zu erreichen.

Herr Heinzel betont dieses Bestreben der Verwaltung ebenfalls und dass man hier keine Luftblasen beschließen sollte. Zudem wird der Haushalt von den Stadtverordneten beschlossen und man solle dann hier entsprechend mitwirken, um auf ein besseres Ergebnis zu kommen.

Herr Exner betont, dass es schon einer intensiven Planung bedarf, um die „schwarze Null“ bis 2016 zu erreichen und man nicht ohne Grund einen früheren Zeitpunkt nennen konnte und verweist ebenfalls auf die anstehenden Haushaltsdiskussionen zur mittelfristigen Planung 2012-2015. Auch betont er, dass gerade die FDP gern zusätzlich freiwillige Leistungen in den Haushalt unterbringt.

Frau Knoblich meint, dass der Antrag wenig konstruktiv sein, da ein Aufzeigen von Möglichkeiten fehle.

Auch Herr Waschkuhn äußert, dass dem Antrag jegliche Substanz fehle.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Laufzeit des Haushaltssicherungskonzeptes zu verkürzen.

Dazu sind alle sich ergebenden Möglichkeiten auszunutzen. Insbesondere sind künftige, im Haushaltsplan 2011 und im Haushaltssicherungskonzept 2011 nicht vorgesehene, Mehreinnahmen und Minderausgaben zur Verminderung des im Haushaltssicherungskonzept ausgewiesenen Fehlbetrages im Ergebnishaushalt einzusetzen.

Die mittelfristige Ergebnisplanung ist so anzusetzen, dass die Landeshauptstadt Potsdam zu einem früheren Zeitpunkt als bisher geplant einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorlegen kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

zu 5.2 Sommerangebot der Stadt Potsdam für kinderreiche Familien zur Nutzung der Strandbäder "Stadtbad Park Babelsberg" und "Waldbad Templin"
Vorlage: 11/SVV/0389
Fraktion DIE LINKE

Herr Kaminski bringt den Antrag und eine Änderung ein, da der Sommer 2011 mittlerweile vorbei ist.

Herr Dr. Wegewitz fragt, inwieweit die Landeshauptstadt bzw. die Verwaltung hier relevant ist.

Herr Kaminski betont die Beschlussfassung der Gebührensatzung durch die Stadtverordneten.

Herr Dr. Wegewitz fragt nach einer turnusmäßigen Überarbeitung der Satzung.

Herr Kaminski erläutert, dass hier keine turnusmäßige Überarbeitung erkennbar ist, man aber erreichen möchte, dass hier eine neue Gebührensatzung entstehen soll.

Herr Dr. Wegewitz möchte den Antrag zur weiteren Besprechung zurückstellen lassen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Einvernehmen mit der Stadtwerke Potsdam GmbH zu erreichen, dass für die Sommersaison 2011 – Juli und August – die Gültigkeit der Familienkarte für das “Stadtbad Park Babelsberg” und das “Waldbad Templin” für bisher 4 (2 Erwachsene und 2 Kinder) Nutzungsberechtigte auf maximal 2 Erwachsene plus Kinder bei Beibehaltung des jetzigen Preises von 6 Euro erweitert und in Kraft gesetzt wird. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob dieses Angebot zu einem jährlichen Dauerangebot von Mai bis September für die Nutzung der beiden Potsdamer Freibäder ausgebaut werden kann. Das Ergebnis dieser Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 31. August 2011 vorzulegen.~~

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Einvernehmen mit der Stadtwerke Potsdam GmbH zu erreichen, dass das Angebot der derzeitigen Familienkarte für die städtischen Strandbäder auf maximal 2 Erwachsene plus Kinder bei Beibehaltung des jetzigen Preises von 6 Euro erweitert und ab der Sommersaison 2012 in Kraft gesetzt wird.

Das Ergebnis wird der SVV mit einer Beschlussvorlage zur Änderung der Entgeltordnung im Dezember 2011 vorgelegt.

Abstimmungsergebnis auf zurückstellen des Antrages:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 5.3 Koordinierungsstelle für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen

Vorlage: 11/SVV/0404

Fraktion SPD, Stadtverordneter Heuer

Herr Dr. Wegewitz bringt den Antrag ein.

Herr Stab begrüßt das Vorgehen, da hier Mittel gespart wurden und jetzt ausgegeben werden sollen. Vielleicht bekommt das Projekt sogar Pilotcharakter.

Frau Latacz-Blume erläutert hierzu die Begründung zum Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Kinder und Jugendliche mit Behinderung zu treffen. Die Koordinierungsstelle nimmt ihre Arbeit zum 01. Januar 2012 auf. Die Koordinierungsstelle sichert, dass zukünftig Angehörige und Betreuer von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung im Bereich der Stadtverwaltung einen umfangreichen Service aus einer Hand erhalten. Die Koordinierungsstelle realisiert neben der ordnungsgemäßen Durchführung aller im Interesse und des Wohles des Kindes erforderlichen behördlichen Maßnahmen die Beratung zur Inanspruchnahme der dafür zur Verfügung stehenden gesetzlichen Leistungen und freiwilligen Angebote durch öffentliche Stellen und sonstige Träger. Der Personal-, Organisations- und Qualifizierungsbedarf wird verwaltungsintern gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 5.4 Haushalt für Bürger transparenter gestalten

Vorlage: 11/SVV/0433

Fraktion FDP

Zu Beginn erläutert Frau Zakrzewski mit einem Folienvortrag die Pflichtvorgaben der Verwaltung, welche eingehalten werden müssen.

Herr Wolff fragt nach ob auch das Format vorgegeben sei, oder man auch Excel-Tabellen zur Verfügung stellen könne.

Frau Zakrzewski gibt zur Kenntnis, dass die Struktur und Tabellen ebenfalls vorgeben sind und das Format in unveränderbarer Form vorliegen muss.

Herr Dr. Wegewitz verweist auf den interaktiven Haushalt der Stadt Leipzig im Internet. Er fragt auch nach, in welche Richtung der Antrag zielt, ob eher das Internet angesprochen werden soll oder man mehr auf Bürgerversammlungen aus ist.

Herr Schultheiß als Vertreter der Fraktion FDP lässt den Antrag zurückstellen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie der Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam ab 2012 für Potsdamer Bürger transparenter gestaltet werden kann.

zu 5.5 Sitzungskalender 2012

Vorlage: 11/SVV/0571

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Herr Dr. Wegewitz stellt den Sitzungskalender vor und gibt zur Anmerkung, dass sich ein Sitzungstermin des Ausschusses für Finanzen verschoben hat und zwar wie folgt:

alt: 16.05.2012
neu: 23.05.2012.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2012 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

Herr Dr. Wegewitz stellt keine Einwände und somit Einstimmigkeit fest.

zu 5.6 Sicherung des Mädchenintegrationsprojektes "Mädchenzukunft"
Vorlage: 11/SVV/0576
Fraktion Die Andere, JHA (ff) mit Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Herr Dr. Wegewitz stellt den Antrag kurz vor und bittet um Erläuterung.

Herr Schweers erläutert die Möglichkeit einer Deckung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket und gibt zur Kenntnis, dass diese erst ab 2012 möglich ist.

Herr Wolff fragt nach den eingesparten Mitteln aus der Essensversorgung, welche jetzt auch aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert wird.

Herr Schweers sagt, dass das nicht möglich ist und dass für das Jahr 2011 keine weitere Deckung zur Verfügung steht.

Herr Dr. Wegewitz möchte aus dem Antrag einen Prüfauftrag machen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Sicherung des Projektes „Mädchenzukunft – selbstbestimmte Wege zwischen den Kulturen“ sind aus dem laufenden Haushalt 2011 20.000 T€ zur Verfügung zu stellen. Ab 2012 soll ein festes Budget für das Mädchenintegrationsprojekt in den Haushalt eingestellt werden.

Die Deckung soll aus den Einsparungen für nicht besetzte Personalstellen erfolgen. Sollte dies nicht möglich sein, ist die Gewinnabführung aus den Stadtwerken um den erforderlichen Betrag zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis auf Umwandlung in einen Prüfauftrag:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	2

Da der Prüfauftrag abgelehnt wurde, lässt Herr Dr. Wegewitz den Ergänzungsantrag vom 25.08.2011 abstimmen:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	4

Da der Ergänzungsantrag vom 25.08.2011 abgelehnt wurde, lässt Herr Dr. Wegewitz den Antrag vom 20.07.2011 abstimmen:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

zu 5.7 Neufassung der bestehenden Entgeltordnung für die Volkshochschule "Albert Einstein"

Vorlage: 11/SVV/0590

Der Oberbürgermeister, Öffentliche Weiterbildung

Da kein Diskussionsbedarf besteht, stellt Herr Dr. Wegewitz den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Entgeltordnung für die Volkshochschule „Albert Einstein“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 5.8 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0598

Der Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Da kein Diskussionsbedarf besteht, stellt Herr Dr. Wegewitz den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 5.9 Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita- Jahr

2011/2012

Vorlage: 11/SVV/0607

Der Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Herr Schweers erläutert kurz den Antrag.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, stellt Herr Dr. Wegewitz den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita- Jahr 2011/2012 sowie Ausblick auf das Folgejahr:

1. Bereitstellung von insgesamt **13.789 Plätzen** (Jahresdurchschnitt) in Potsdam gemäß §§ 1,12 Kita- Gesetz bei 48 freien Trägern für das Kita- Jahr 2011/12. Enthalten sind 105 Plätze außerhalb der Bedarfsplanung. Die Verteilung der Plätze erfolgt gemäß der Anlagen 1 bis 6 auf 111 Kindertagesstätten, 7 Andere Kinderbetreuungsangebote (AKi) und 5 pädagogisch begleitete Spielgruppen sowie Tagespflege. Die in den Anlagen ausgewiesene Belegungsplanung entspricht den gegenwärtig vorhandenen Kapazitäten laut Betriebserlaubnis. Tagespflege und andere Betreuungsformen werden auch innerhalb des Kita- Jahres ausgebaut.
2. Belegung von **300 Plätzen in anderen Gemeinden und Berlin** durch Potsdamer Kinder.
3. Finanzierung der Neuaufnahmen von Kindern aus anderen Gemeinden im Planungszeitraum nur dann, wenn eine entsprechende Zustimmung des Jugendamtes der Landeshauptstadt Potsdam eingeholt wurde und der Kostenausgleich mit der abgebenden Gemeinde gem. § 16 Abs. 5 KitaG sichergestellt werden kann.
4. Ausbau vorhandener Einrichtungen sowie Neubau von Einrichtungen zur bedarfsgerechten Versorgung mit Kindertagesbetreuungsplätzen (§ 12 KitaG) gemäß demografischer Entwicklung und neuer Rechtslage ab 2013 (§ 24 SGB VIII) in Zusammenarbeit mit freien Trägern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 5.10 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)

Vorlage: 11/SVV/0642

Der Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Dr. Wegewitz stellt den Antrag kurz vor.

Herr Pahnhenrich stellt den Grundsatz zur Debatte. Es geht hier um mehr freien

Parkraum durch Mehr-Einnahmen, was dadurch nicht erreicht werden kann, sondern nur Ärger der Bürger bedeutet.

Herr Schultheiß fragt nach Parkmöglichkeiten am Wochenende bspw. auf den Flächen der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam oder dem Ministerium. Man müsse mehr Parkmöglichkeiten schaffen, sonst fahren die Bürger woanders einkaufen.

Herr Becker erläutert kurz die neue Parkgebührenordnung.

Herr Exner verweist auf die Dringlichkeit, da hier ein Teil der Mehreinnahmen nach Absprache zur Deckung der Straßeninstandsetzung dient.

Frau Müller drückt ihre Skepsis aus und befürchtet, dass die Bürger dann woanders einkaufen fahren und stellt auch den Mehrertrag in Frage und fragt, warum man nicht die erste Stunde kostenlos parken könne.

Herr Pahnhenrich warnt vor der Spirale, da es sich der „Otto-Normal-Bürger“ bald nicht mehr leisten kann.

Frau Mehls betont, dass auch viele Behinderte sich das nicht mehr leisten können, da sie durch die Behinderung nicht in der Lage sind, größere Strecken zu Fuß zurückzulegen und nicht alle Behinderte kommen in den Genuss einer Sonderparkkarte zum Parken auf Behindertenparkplätzen.

Herr Heinzel gibt als Beispiel die Parkhäuser an. Sie seien kaum ausgelastet und warum? Weil sie zu teuer sind! Fazit, der Bürger bleibt weg.

Herr Exner möchte auf die Voten der zuständigen Ausschüsse warten.

Herr Dr. Wegewitz stellt den Antrag zurück.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

gez. Dr. Wegewitz

Ausschussvorsitzender

gez. Jeske

Protokollant